



Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ausstieg ohne Plan stoppen: Energiekonzept für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung in Deutschland

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bund endlich ein Konzept für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung in Deutschland in den nächsten Jahren vorlegt. Dieses Konzept muss als zentrales Steuerungsinstrument die ausreichende Verfügbarkeit des Energieangebots in Deutschland sicherstellen.

Dazu muss sowohl das Energieangebot in Deutschland mit den Komponenten erneuerbare Energien, grundlastfähige Kraftwerke, Energieimporte, Netzinfrastruktur, Speicherkapazitäten und Wasserstoff als auch die Energienachfrage unter anderem mit den Komponenten Elektrifizierung des Wärmebereichs, Elektrifizierung des Verkehrsbereichs, Fortschritte bei Energieeffizienz und Sektorenkopplung in einem engmaschigen Intervall überwacht und der notwendige Ausbaupfad prognostiziert werden. Die Ergebnisse müssen fortlaufend hinsichtlich der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit untersucht werden. Bei Zielabweichungen müssen sofortige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, die eine bezahlbare, umweltverträgliche und zuverlässige Energieversorgung sicherstellen.

Begründung:

Die Unsicherheit über die künftige Energieversorgung ist derzeit das zentrale Geschäftsrisiko für die Betriebe in Deutschland und damit insgesamt für unseren zukünftigen Wohlstand. Gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags sehen 72 Prozent der rund 27 000 befragten Betriebe die Energie- und Rohstoffpreise als das größte Geschäftsrisiko für die kommenden 12 Monate.

Das bisherige Handeln der Bundesregierung trägt massiv zu dieser Unsicherheit bei. Der Bund steigt im April 2023 aus der Atomenergie aus. Deutschland verliert dadurch die Energieerzeugung von etwa 6 Prozent des deutschen Strombedarfs und verteuert die Energiekosten. Auch für die fossilen Energieträger Kohle und Erdgas gibt es umfassende Ausstiegsszenarien. Ein belastbarer Plan, wie die Energieversorgung dennoch sicher und bezahlbar bleibt, fehlt. Im Gegenteil, die grundlastfähigen erneuerbaren Energieträger wie Wasserkraft, Bioenergie und teilweise Geothermie werden bisher von der Bundesregierung vernachlässigt und benachteiligt. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft wird verschleppt.

Der im Bundeskabinett Ende Januar 2023 verabschiedete Bericht der Bundesnetzagentur „Versorgungssicherheit Strom“ schafft keine Sicherheit. Anstatt ein Konzept mit den notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Bezahlbarkeit und Versorgung vorzulegen, setzt der Bericht die notwendigen Maßnahmen wie z. B. den Ausbaupfad der erneuerbaren Energien, die Verfügbarkeit von Ersatzkraftwerken und den notwendigen Netz- und Speicherausbau, einfach als Annahme voraus. Der Bericht kommt dann, wenig überraschend, zu dem Ergebnis, dass die Energieversorgung gesichert ist und der Kohleausstieg mindestens auf 2030 vorgezogen werden kann.

Dieses Vorgehen ohne Plan und Sicherheitsmaßnahmen ist wirtschaftspolitisch fatal. Es nimmt die Deindustrialisierung billigend in Kauf und gefährdet die Existenz unserer energieintensiven Betriebe in Handwerk und Mittelstand. Eine bezahlbare und sichere Energieversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor, der nicht einem Experiment in Echtzeit ohne Konzept und Sicherheitsmaßnahmen zum Opfer fallen darf. Diese Politik geht zudem besonders zulasten unserer ländlichen Regionen. Muss hier der letzte Bäcker oder Metzger vor Ort schließen, da er die Energiepreise nicht auf die Produkte umlegen kann, erhöht dies die Attraktivität und Abwanderung in Ballungszentren mit einem deutlich größeren Versorgungsangebot weiter.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist natürlich zentraler Teil der Lösung. Bayern investiert daher umfassend in einen schnellen Ausbau und lag 2022 beim Netto-Zubau der erneuerbaren Energien mit Abstand auf Platz 1 aller Bundesländer. Dies allein wird aber nicht ausreichen. Dieser Ausbau muss abgestimmt werden und eingebettet sein in eine zuverlässige Energieinfrastruktur, die ein jederzeit ausreichendes Energieangebot sicherstellt. Hierzu müssen grundlastfähige Kraftwerke, diversifizierte Energieimportstrukturen sowie ausreichend Netz- und Speicherinfrastruktur zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen für eine sich verändernde Energienachfrage, z. B. durch Elektroautos und Wärmepumpen, geschaffen werden und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft integriert werden. Diese Energieinfrastruktur kann nur dann effizient und kostengünstig funktionieren, wenn sie mindestens auf Bundesebene und weitestmöglich EU-weit integriert ist. Der Bund muss daher endlich ein Energiekonzept vorlegen, das dies leistet und damit Sicherheit für eine bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung in der Zukunft schafft.